

Stettiner Zeitung. Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köppler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-1.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 3 M.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Konsumtion von Internen Schulstraßen 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiens, Greifswald
G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 5. Juni. Ueber das Befinden
Sr. Hoheit des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen
ist heute kein Bulletin ausgelegt worden.
Wie die „Post“ hört, ist das Befinden seiner
Hoheit unbedenklich; da die letzte strenge Ruhe
empfohlen haben, hütet der Prinz das Bett; zu
Besorgnissen gibt sein Zustand indes keinen
Anlass, die Folgen der örtlichen Verlegung sind
durchaus unbedenklich.

Se. Majestät der König von Sachsen hat
gestern Abend die Rückreise angetreten. Bei der
Rückreise haben die kaiserlichen Majestäten dem
hohen Gaste von Neuem Palais aus bis zur
Willypartikulation das Geleit.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von
Italien wird am Montag Vormittag gegen
8 Uhr aus Petersburg zum Besuch am kaiserlichen
Hofe eintreffen und während der Dauer seines
Aufenthaltes im Stadtschloß zu Potsdam Wohnung
nehmen. Während der Abwesenheit des
italienischen Thronfolgers am kaiserlichen Hofe werden
mehrere größere Hoffestlichkeiten stattfinden.
Soweit bis jetzt bekannt, genügt der Kronprinz
etwa 4 bis 5 Tage zu verweilen.

Dem Reichsanwalt General von Caprioli
ist heute Vormittag ein Unfall begegnet, der
zwar glücklich verlaufen ist, aber sehr leicht
schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können.
Wir erfahren darüber Folgendes: Heute früh
gegen 8 Uhr unternahm der Herr Reichsanwalt
in Begleitung seines Adjutanten, des Hauptmanns
Emmeyer, seinen gewöhnlichen Spazierritt
nach dem Tiergarten. Als die Herren um 10
Uhr zurückkehrten und von der Lemke-Strasse
kommend, den Herweg durch den Walden,
stürzte plötzlich das Pferd des Reichsanwaltes
in Folge der Glätte auf dem Asphalt unter dem
Thorbogen mit dem linken Vorder- und linken
Hintereis zugleich nach der Innenseite zur
Erde. Mit großer Geschwindigkeit machte der
Reichsanwalt schnell seinen linken Fuß vom
Bügel frei, wodurch verhindert wurde, daß er
unter das Pferd zu liegen kam. Er wurde zwar
durch die Wucht des Falles zu Boden gerissen,
aber von seinem Adjutanten, Hauptmann Emmeyer,
welcher ebenso schnell vom Pferd gesprungen
und ohne sich um das letztere weiter zu kümmern,
seinem Chef zur Hilfe geeilt war, wieder auf-
gerichtet. Die Pferde waren glücklicher Weise
ruhig auf der Stelle geblieben und konnten von
dem hinter den Herren reitenden Diener fest-
gehalten werden. Der Reichsanwalt hatte in
keiner Weise Schaden genommen und bezog sich
unverletzt in seine Wohnung. — Wie wir weiter
hören, frühstückte späterhin der Herr Reichs-
anwalt mit gutem Appetit und bezog sich auch
um 2 Uhr Nachmittags zu einer Konferenz; die
besten Beweise, daß der Unfall glücklich abge-
laufen war. (Post.)

Von einigen Sektionen der Fyhr-
werks-Berufsgenossenschaft war beim
Bundesrathe die Bildung einer besonderen
Genossenschaft beantragt worden. Der Antrag
wurde dem Reichsverordnungsamt zur Begut-
achtung vorgelegt; dasselbe hat sich gegen eine
Bestätigung des Antrages ausgesprochen. Nun
mehr ist der Antrag dem Bundesrathe zur definitiven
Beschlussfassung unterbreitet worden.

Wie wir hören, hat der Zentral-Verband
deutscher Industrieller nunmehr seine auf der
Delegirtenversammlung in Frankfurt a. M. ge-
schaffenen Beschlüsse, betreffend die Novelle zur
Gewerbeordnung und den Gesetzentwurf über die
Gewerbegerichte, in einer Eingabe an den Reichs-
tag gelangen lassen. Einzelnen Beschlüssen ist
noch eine besondere Begründung beigegeben.

In einigen Zeitungen findet sich eine
aus dem Pariser „Figaro“ entnommene Nach-
richt, daß Graf Salern-Albini sein Reichstags-
mandat für den Wahlkreis Ruppiner-Templin zu
Gunsen des Fürsten Bismarck niederlegen würde.
Die ganze Geschichte ist aber einfach erfunden.
Da die freisinnige „Ruppiner Zeitung“ diese
Nachricht bringt und daran die Hoffnung knüpft,
daß der Wahlkreis von der freisinnigen Partei
erhalten werden könnte, so hat Graf Salern sich
erklärt, daß er in den Ruppiner, Templiner
und Zepender Wäldern eine Erklärung abzu-
geben, daß an der Sache kein wahres Wort sei
und ihm nichts ferner läge, als freiwillig ein
Wort aufzugeben, welches das ihn hoch ehrende
Vertrauen der Herren Wähler beider Kreise ihm
übertragen hätte.

Die Lebhaftigkeit des Verkehrs und des
Wirtschaftslebens überhaupt spiegelt sich deutlich
wieder auf dem Gebiete der höheren Technik.
Die Nachfrage nach technischen Kräften, namentlich
auf dem Gebiete des Ingenieurwesens, folgt
den Wellenbewegungen des Erwerbslebens. Eine
Folge dieser Wellenbewegung war die starke Zu-
nahme der Nachfrage nach Technikern in der
Milliarbeiterzeit, welche sich in der für die Folge
übermäßigsten Abnahme des Polytchnikums in
Charlottenburg ausdrückt. Auch jetzt ist an Stelle
der längeren Stagnation wieder eine so starke
Inanspruchnahme der höheren Technik getreten,
daß die vorhandenen Kräfte insbesondere an
Ingenieuren nicht ausreichen, um der Nachfrage
zu genügen. Diese Erscheinung macht sich in
allen Zweigen der Technik, Staats- und Kommunalverwaltung sehr empfindlich geltend. Sie
steht insbesondere der Inangriffnahme neuer
Unternehmungen neben dem schon im Gange
befindlichen Ausführenden sehr hindernd im Wege.

Ueber die Wirksamkeit der Kaiser-
Wilhelm-Stiftung für deutsche In-
validen liegt nunmehr der 18. Jahresbericht
vor; derselbe schließt mit dem Jahre 1889 ab
und bringt folgende bemerkenswerte, hier aus-
zugeweihte wiedergegebene Daten:

Von Mitgliedern des Gesamt-Vorstandes
sind im letzten Jahre mit Tod abgegangen: Ge-
neral der Infanterie von Deyer, General-Adjutant
von Degenfeld, Ober-Postgerichtsrath Mayr
und Stadtkämmerer von Berlin Kochmann. Auch
einige Vorstände der Zweigvereine sind, so-
weit es bekannt wurde, als verstorben gemeldet,
so: General a. D. von der Schlenkerburg und
Geh. Regierungsrath Kantrath von Sandt. Un-
sonstigen Veränderungen sind zu verzeichnen,
indem der Vizepräsident (vor Antritt zum Präsi-
denten befördert; Ann. d. Ned.) der Reichsbank
Dr. Koch zum Stellvertreter des ersten stellver-
tretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrathes
ausgewählt wurde, der zweite stellvertretende
Vorsitzende des Verwaltungsrathes, welcher eine
tiefergehende Bedeutung hatte. Der Antrag be-
zogen namentlich, es möchten für den internationalen
telegraphischen Verkehr in Europa die auf die
einzelnen Staaten entfallenden transitorischen

Tagen so abgeändert werden, daß in Zukunft
auf jeden beteiligten Staat ein gleicher Antheil
entfalle. Dieser Antrag rief naturgemäß eine
eingehende Debatte hervor. Insbesondere wurde
zur Besprechung gebracht, daß ja der Durchgang
durch größere Staaten, wo die Instandhaltung
der Leitungen und das gemeinsame Telegraphen-
wesen beträchtlich höhere finanzielle Anforderungen
stellen als in kleineren Staaten, für die letzteren
eine höhere Quote an den Gebühren rechtfertige.
Der Vorschlag der serbischen Vertreter,
der bei den Delegationen der übrigen kleineren
Staaten eine beifällige Aufnahme gefunden hat,
wird trotz dieses und anderer wesentlicher Beden-
ken nicht einfach zurückgewiesen, vielmehr hat sich
die Kommission bestimmt gefunden, für das Be-
stehen des Antrages vorzubereiten, es möge die
erwähnte Proposition der serbischen Delegation zum
Studium und zur Berichterstattung dem interna-
tionalen Bureau in Bern zugewiesen werden.
Es wird sonach auch die Vollversammlung des
Kongresses noch in die Lage kommen, sich mit
dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Die Angriffe gegen den Admiral Duperre,
der neuen Befehlshaber des Mittelmeer-Geschwaders,
dauern in der radikalen Presse fort, und
nicht wenig Seitenhiebe fallen dabei auf den
Marineminister Warbey, der für die Ernennung
Duperre's verantwortlich gemacht wird. Es
verlohnt sich nicht, daß die Offiziere des besagten
Geschwaders ihrem Admiral einen Ergebenheitsbesuch
gemacht haben (sie sind, sagt man, dazu kom-
mandirt worden), und ebenso wenig, daß der
Vize-Admiral Alquier in seiner Begrüßungs-
Ansprache an Duperre die Behauptungen jener
Wälder für schmählige anonyme Verleumdungen
erklärt hat. Im Gegentheil: das „XIX. Siècle“
und die „Antenne“, welche dabei an erster Stelle
in Betracht kommen, werden durch Alquier's Rede
nur zu verstärkter Entgegnung gereizt. „Wir
sind“, sagen sie, „keine anonymen Verleumder,
und wenn der Admiral Duperre den Muth hätte,
uns vor die Assisen zu beschleiden, wie wir es
verlangen, so würden wir dort den Beweis lie-
fern, daß er im Kriege von 1870 aufs Standfeste
den Ausreißer gespielt hat. Aber Duperre
hütet sich, uns vorzuladen, und trauwig genug ist
es, daß der Marineminister ihn nicht zu dem
Verfuche zwingt, seine Ehre rein zu waschen!“

Paris, 1. Juni. Die Sperrzölner liefern
ausgeschildert den Freiwählern und genüglichen
Schutzjöllnern der Kammer ein Aufklärungs-
gedicht, das angeblich hauptsächlich den
Zweck verfolgt, die Stärke der beiderseitigen
Streitkräfte zu messen. Die Gruppe, an deren
Spitze Herr Méline steht, fordert hohe Ein-
gangszölle auf Mais, Reis, Hirse und Durch-
gang unter dem Vorwande, daß man die vaterländische
Landwirthschaft schützen müsse. Diesen Vorwand
machte der Abg. Rabnal in der gestrigen
Kammervergung in einer meisterhaften Rede zu
nichte. Die Landwirthschaft, führte er aus,
hat an dem vorgeschlagenen Zolle nicht das geringste
Interesse. Sie verlangt diesen Zoll nicht. Sie
erhebt sogar lebhaften Einspruch gegen ihn.
Frankreich erzeugt nicht so viel Mais, wie es
braucht. Jedes Körnchen, das in Frankreich
wächst, findet sofort Absatz zu Preisen, die seit
drei Jahren nicht zu steigen aufgehört haben.
Und nachdem die ganze einheimische Ernte ver-
kauft ist, muß noch fremder Mais eingeführt
werden. Reis wird in Frankreich überhaupt
nicht gebaut, kann also auch nicht geschützt
werden. Die Wahrheit ist, daß die Urheber
des Zollvorschlages nicht die Landwirthschaft
schützen, sondern die nordfranzösischen Braunt-
weinbrenner bereichern wollen. Diese Gewerbe-
treibenden erzeugen ihren Weingeist aus Zuckerrüben
und sie möchten den Wettbewerb der
französischen Brauntweinbrenner unterdrücken,
da die Weingeist aus Körnerfrüchten, namentlich
Mais und Reis, herstellten. Der Rohstoff dieser
letzteren Fabrikanten ist ohnehin theurer als der
nordfranzösischen; er soll ihnen nun ganz
unerschwinglich gemacht werden. Die Braunt-
wein-Erzeugung aus Zuckerrüben nimmt stetig
zu; sie stieg von 683,885 Hektoliter im Jahre
1886 auf 824,000 im Jahre 1889; die aus
Körnern nimmt fortwährend ab; sie fiel von
789,963 im Jahre 1886 auf 751,265 im Jahre
1889. Aber das genügt den Zuckerrüben-Männern
nicht. Ihren Wettbewerber soll die Rehle
ganz zugeschnitten werden. Es kümmert sie nicht,
daß ihr Sperrzoll nicht bloß die Weingeist-Fab-
rikanten, sondern auch zahlreiche andere Berufs-
kreise trifft. Die Viehzüchter brauchen die
Maiseschlempe zur Schweinefütterung. Die großen
Dünungs-Gesellschaften, von denen die Pariser
allein 12,000 Pferde besitzt, nähren ihre Zug-
thiere mit Mais. In ganz Südfrankreich bildet
der Reis das Hauptnahrungsmittel der Arbeiter-
bevölkerung. Die Omnibus-Gesellschaften stellen
zu Grunde gehen, die unbesittelten Provençalen
hätten Hunger leiden, wenn nur die Ribenschnaps-
Brenner der Picardie und Flanderns noch reicher
werden, als sie es ohnehin schon sind. Gegen
den Hirse- und Durrahzoll hatte Hr. Rabnal
nichts einzuwenden, denn Hirse wird in Frank-
reich bloß als Strohwegefutter verwendet und
Durrah kommt überhaupt im Handel nicht vor.
Die Rede des Abgeordneten von Bordeaux machte
großen Eindruck. Aber erst die Abstimmung
wird zeigen, ob die Mehrheit sich von Vernunft-
gründen oder von vorgesetzten, sonatigen Mei-
nungen bestimmen läßt.

Paris, 1. Juni. Die diesjährige Sitzung des Gesamtvor-
standes hat der Vorsitzende des Verwaltungsrathes,
Generalmajor z. D. Saisse, auf den
kommenden 18. Juni, Nachmittags 5 Uhr, im
Reichstagsgebäude anberaumt.

Silbesheim, 4. Juni. Dem Reichstag ist
ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung
von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs vorgelegt,
da in Wesentlichen schärfere Vorschriften zum Schutz
der Telegraphen-, Post- und Eisenbahn-Anlagen,
namentlich aber besondere Strafen für die wis-
senschaftliche Verwendung schon einmal verwandter
Post- und Telegraphen-Verzeichnisse, die Entfer-
nung des Entwurfszeichens von diesen
Marken und die unerlaubte Anfertigung von
Formen u. dgl. zu deren Herstellung enthält.
Sollte die Verabreichung dieses Entwurfs nicht Ge-
legenheit bieten, eine in der Praxis sehr häufige
Lücke des Strafgesetzbuchs auszufüllen, nämlich
bezüglich der Anfertigung von gebildeten Marken?
Das Strafgesetzbuch enthält gegen die Her-
stellung solcher Scheinverzeichnisse kein Verbot,
mehrere Regierungen, z. B. die zu Stettin und
Elsingberg, haben mit Rücksicht auf die durch
solche Marken so leicht herbeizuführende Täuschung
des Publikums Polizei-Verordnungen gegen die
Herstellung und Verbreitung solcher Marken er-
lassen, das Kammergericht hat aber den Erlaß
dieser Art Polizei-Verordnungen als außerhalb
der Verfügung der Polizei-Verordnungen liegend
erklärt. Da nun die Anfertigung und Verbreitung
solcher Marken im öffentlichen Interesse bekämpft
werden muß, so hat man zu dem bekannten
Nothbehelf, dem Groben-Ansatz-Paragrafen ge-
griffen, der aber auch in jedem Fall verfehlt,
wenn nicht dargelegt werden kann, daß das Publikum
überhaupt und nicht bloß eine einzelne Person
durch die Fingabe der Marke betrogen ist. Es
würde nun ein Leichtes, den jetzigen Entwurf zur
Ausfüllung der erwähnten Gesetzeslücke zu
brauchen, indem man etwa dem Satz 6
des § 360 Strafgesetzbuchs den Zusatz gab: „über
wer Marken oder Zeichen, die nach ihrer
Inschrift den Werth einer gangbaren Münze dar-
stellen oder das Versprechen der Zahlung des
Werthes einer solchen Münze von dem Inhaber
enthalten, anfertigt oder in Verkehr bringt“.
Vielleicht läßt sich auch eine bessere Fassung
finden. Wegen Anfertigung von Scherzpapiergeld
wird man trotz einiger Bedenken erregender ge-
richtlichen Entscheidungen, die ein Einschreiten
wegen der Herstellung u. dergleichen dem Papier-
geld ähnlicher Gegenstände ablehnten, im Hinblick
auf den jetzt schon gültigen Inhalt des genannten
Satz 6 anderweiter Bestimmungen nicht be-
dürfen; eine recht kräftige Anwendung aber der
bereits bestehenden Vorschriften würde sehr am
Platze sein.

Ueberlingen (Württemberg), 3. Juni. Der dem
hiesigen Schöffengericht stand Pfarrer Karl
Sindler von Seesfeld wegen Vergehens gegen
§ 16e des Gesetzes vom 19. Februar 1874.
Dieser Paragraf lautet: „Geistliche, welche aus
Anlaß öffentlicher Wahlen ihre kirchliche Autorität
anwenden, um auf die Wahlberechtigten in
einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken,
werden an Geld von 60 bis 600 Mark bestraft.“
Der Angeklagte hat am 23. Februar d. S. ver-
urtheilt, daß am 1. März (also 3 Tage vor der
Reichstags-Sitzung) Beichte für die Männer
von Mühlhofen stattfand. Von 7 Mühlhofern,
die auf dieses hin zur Beichte kamen, gaben
heute 6 auf ihren Zeugeneid an, daß Pfarrer
Sindler sie im Weichstuhl ermahnt habe, sie
müßten ja nicht liberal, sondern ultramontan
wählen, sie sollen einen frommen und gottes-
fürchtigen Mann wählen, sie sollen nicht in das
liberale Horn blasen, liberal sein sei die größte
Sünde“ u. s. w. Fast allen Weichstehenden nahm
der Pfarrer das Versprechen ab, daß sie ultra-
montan wählen oder sich der Wahl enthalten
würden, und absolvirte sie, nachdem sie das Ver-
sprechen gegeben. Das Schöffengericht verur-
theilte den Angeklagten unter Verlesung in die
Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von
200 Mark.

Frankreich.
Paris, 31. Mai. In der vorgeworfenen
Sitzung der Tarif-Kommission des internationalen
Telegraphen-Kongresses hat ein Antrag der serbi-
schen Delegation zur Verhandlung, welcher eine
tiefergehende Bedeutung hatte. Der Antrag be-
zogen namentlich, es möchten für den internationalen
telegraphischen Verkehr in Europa die auf die
einzelnen Staaten entfallenden transitorischen

Paris, 4. Juni. Im Vergnügungslokale
ber Polies bergeres provoziert gestern Abend
Offiziere einen argen Skandal. Anwesende
Zivilisten griffen darauf die Offiziere an und es
entstand eine furchtbare Schlägerei, welche in
eine Panik ausartete, als die Direktion die Gas-
leitung absperren ließ. Im Finstern wurden
geuerreue laut und als die Diener endlich Licht
machten, sah sich ein Bild trostloser Ver-
wüstung dar. Viele Ohnmächtige, meistens
Frauen, lagen am Boden, zahlreiche Personen
hatten bedenkliche Verwundungen erlitten. Gegen
die Offiziere hat die Direktion die strengste Un-
tersuchung eingeleitet.

Paris, 5. Juni. Eine gewaltige Ex-
plosion hat um 2 Uhr Morgens in dem Kloster
Chartreux bei Grenoble stattgefunden. Die
Nachforschungen über die Urheber derselben sind
bis jetzt erfolglos verlaufen; man hat nur einen
Brief mit der Drohung gefunden, das Kloster
innerhalb 20 Minuten zu zerstören, falls nicht
an einer bestimmten Stelle eine Mill. Francs
niedergelegt würden. Sollte einer von uns da-
bei festgenommen werden,“ heißt es in dem

Schreiben, „so werden 10 Chartreux dafür mit
ihrem Leben büßen.“

Belgien.
Am 10. d. Mts. finden in Belgien die ent-
scheidenden Kammerwahlen statt. Die Abgeord-
netenkammer besteht aus 138 Mitgliedern, 96
Klerikalen und 42 Liberalen. Auf Grund der
Verfassung wird alle zwei Jahre die Hälfte der
Kammer erneuert; es sind somit 69 Abgeordnete
zu wählen. Diesmal finden die Neuwahlen in
den 19 Bezirken der Provinzen Lüttich, Henne-
gau, Ostflandern und Limburg statt. Von den
69 auscheidenden Abgeordneten gehören 38 der
Liberalen und 31 der Klerikalen Partei an. Die
Klerikalen kämpfen in 18, die Liberalen in 14
Wahlbezirken um den Sieg. Die Wahlausichten
sind unbedenklich. Am heftigsten ist der
Wahlkampf in Mons und Gent. Den bisherige-
ren 6 Liberalen Deputirten in Mons stehen drei
Klerikale und der von den Bergleuten erwählte
Arbeitervertreter Adolphe Deffuisseur gegenüber.
Die Entscheidung des Wahls liegt in Gent.
Bekanntlich die Klerikalen dessen acht Söhne, so ist
die Beistimmung der Klerikalen Herrschaft sicher
und spätestens im Jahre 1892, weil dann die Stadt
Brüssel die Machtentscheidung in Händen hat,
unabweisbar. Ein liberaler Sieg in Gent stellt
sogar eine Kammerauflösung in Sicht; kein Wun-
der also, wenn die Regierung, die klerikale Par-
tei und die Geistlichkeit mit ihren reichen Mit-
teln Alles aufbieten, um die Hochburg Gent zu
halten.

Brüssel, 5. Juni. Der Herzog von Or-
leans, welcher heute früh in Brüssel eintrifft,
wird vom Könige, seinem Oheim, empfangen
werden. Man erwartet hier den Herzog de la
Roche-Jouancourt, den Marquis de Beauvoir, den
Herzog de Cazay und den Marquis de Jouy,
welche den Prinzen begrüßen werden.

Großbritannien und Irland.
London, 4. Juni. In einer am Freitag
in Eimerid abgehaltenen Konferenz der katho-
lischen Geistlichkeit der Diözese machte der
Bischof von Eimerid, Dr. Dwyer, die Mit-
theilung, er hätte beschloffen, den Priestern seiner
Diözese die Ermächtigung zu entziehen, Absolution
für Bohotten und die Beistimmung am Feld-
zugpläne zu ertheilen.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Chro-
nicle“ meldet:
„Ein Freund des Königs von Sachsen, der
gegenwärtig in Paris ist, informiert mich, daß
Graf Herbert Bismarck mit einigen der
kleineren deutschen Höfe intrigirte, um das
Wort des Kaisers zu hemmen. Das Komplott
wurde aber entlarvt und zur Entlassung
einer großen Anzahl höherer Beamten führte.
Der Kaiser habe bereits mehrere Unterhaltungen
mit Baron von Marschall über diesen Gegen-
stand gepflogen und sich entschlossen gezeigt, den
„Bismarckismus“ mit der größten Strenge zu
unterdrücken. Der Sohn des Grafen habe sich
auch mit mehreren Agenten ausländischer
Mächte in Verbindung gesetzt, von denen er indes
sehr wenig Anmunderung erhielt. Gegen Fürst
Bismarck persönlich dürften keine Schritte er-
griffen werden, aber er habe wahrscheinlich be-
reits eine Zuschrift vom Kaiser empfangen,
welche, wenn sie unbedenklich bleibe, zu ernst-
lichen Folgen führen würde.“

Es muß in Paris schon sehr heiß
sein, und in den Debattationsräumen
des „Daily Chronicle“ nicht minder.
London, 4. Juni. Gegen die For-
derung des achtstündigen Arbeits-
tages hat sich die überwältigende Mehrheit der
beideseitig beratenden englischen Arbeiterschaft
ausgesprochen. Diese Tatsache wird in dem
oben herabgehenden Jahresbericht der vereinigt-
en Maschinenbauer für 1889 festgesetzt. „Diese
Frage“, heißt es in dem Bericht, „ist wiederum
vor den Trade-Union-Kongress gebracht worden,
aber die Ergebnisse der Verhandlung und Ab-
stimmung waren unbefriedigend.“ Inwiefern,
wird man alsdab gewahr, wenn man liest, daß
von 1200 Zirkularen, welche an die ver-
schiedenen Gewerksvereine Großbritanniens ver-
sandt wurden und die Anfrage enthielten: „Sind
Sie für den achtstündigen Arbeits-
tag?“ mehr als zwei Drittel mit einem
kategorischen „Nein“ versehen zurück-
kamen. Eine große Zahl von Vereinen enthielt
sich, wohl nach dem Grundsatze: keine Antwort
ist auch eine Antwort, jeder Rückäußerung über-
haupt, und was die vereinzelten Zustimmungen
anlangt, so möchten sie wohl in dieselbe Katego-
rie gehören, wie die Geschichte jenes Theil-
nehmers an der sozialdemokratischen Hydepark-
versammlung, der ein Bauer mit der In-
schrift: „Achtstündiger Arbeitstag“ tragend, zu
einem guten Bekannten auf dem Bürgersteige
aufsteuerte, er für seine Person wollte gern 26
Stunden täglich arbeiten, wenn er nur dafür be-
zahlt kriegte.

Wenn der amtliche Jahresbericht gerade des
als die stärkste und einflussreichste der Trade-
Unions bekannten Maschinenbauvereins mit
direkten Worten die Bestrebungen der Ar-
beiterführer so schmerzhaft und erlaube Thats-
sachen einräumen muß, so hat man gewiß den
unwiderleglichen Beweis von der elementaren Ge-
walt, mit welcher die Abneigung des englischen
Arbeiters, sich bezüglich Verwertung seiner
eigenen Erwerbsequelle, nämlich seiner Arbeitskraft,
von Agitationswegen beschränken zu lassen, sich
Bahn bricht. Denn es darf nicht übersehen wer-
den, daß in der Regel der einfache Trade-Unionist
gar nicht wagen darf, ein eigenes, von der Mei-
nung der Führer unabhängiges Urtheil zu haben,
geschweige denn dasselbe verlautbaren zu lassen.
In dieser Sache aber, die für den Arbeiter ge-
radezu eine Lebensfrage bildet, hat der Terroris-
mus der Trade-Unions gründliches Faßo ge-
macht; die Führer werden sich nun schon nach
einem Hinterbühnen umsehen müssen, wenn sie
den zum Hauptthor hinausgeworfenen Achtun-
denarbeitstag wieder in die englische Arbeiter-
bewegung hineinschmuggeln wollen.

Nusland.
Petersburg, 31. Mai. Der regierende
Senat hat angeordnet, daß die Gattin eines nach
Sibirien Verbannenen, wenn derselbe nach Ab-
lösung seiner Strafe von seiner Heimatgemeinde
kein Aufenthaltsrecht erhält, berechtigt ist, eine
neue Ehe einzugehen. (Ueber die Frage, ob ein

Verbannter nach seiner Rückkehr wieder Bürger
recht in seiner Gemeinde erhält, entscheidende
letztere selbst ebenso, wie sie das Recht hat, ihr
wichtigste Individuen nach Sibirien zu verschieben.
So vermag ein einflussreicher Bürger einen etwa
wegen Schulden von ihm abhängigen Bauern
nicht nur in die Verbannung zu schicken, sondern
ihm auch die Rückkehr in seine Gemeinde zu
verweigern. Die oberste Reichsbehörde spricht durch
obigen Erlaß ihre gänzliche Theilnahmslosigkeit
gegen solches menschliches Elend aus.)

Petersburg, 3. Juni. Wir geben nach-
stehend einige Daten über die neue kaiserliche Nacht-
„Polarstern“, welche nach der Beischichtung durch
den Zaren am 8. Juni eine längere Probefahrt
ins mitteländische Meer antreten wird. Der
Erbauer Koffi wird einige Zeit an Bord bleiben,
um dieses sein letztes Werk auf etwaige Mängel
zu prüfen. Die Länge der Wasserlinie beträgt
bei voller Belastung des Schiffes 312 Fuß, die
größte Breite 46 Fuß, die mittlere Tiefe 18
Fuß 9 Zoll, der Gehalt 3750 Tonnen. Diese
Hauptmaße wurden abgeprüft, um in der theo-
retischen Zeichnung sich näher an die englischen
Wohlfos „Triton“ und „Mercury“ zu halten, welche
sich bewährt haben, daß die englische Ab-
navigirtheit nach ihrem Muster noch einige Kreuzer
mit Panzerdeck: „Leander“, „Arcturion“, „Phoe-
non“ u. dergleichen hat. Im Vergleich zur „Der-
schama“ hat „Polarstern“ bei gleicher Länge eine
4 Fuß größere Breite. Die mittlere Tiefe der
Lohnengehalt ist fast derselbe („Derschama“
enthält 3300 Tonnen und hat eine mittlere
Tiefe von 18 Fuß). Das Panzerdeck besteht aus
Stahlblechen von 1 1/2 Zoll Dicke und schügt nicht
allein die Maschinen und Kessel, sondern auch
Bombeneller und Pulverkammer, welche vor und
hinter den Kesseln liegen. Die Schnelligkeit des
„Polarstern“ ist auf 16 Knoten projektiert, dürfte
aber auch 17 Knoten erreichen. Außer den
Hauptkesseln ist noch ein Ergänzungsessel vor-
handen, welcher berart mit den Hauptkesseln ver-
bunden werden kann, daß auch er die Maschinen
mit Dampf versieht. Die Ausrüstung wird bei
den englischen Kreuzern „Leander“ ähnlich sein:
8 Geschütze, 6000, weittragend, 4 Geschütze,
9000, 6 Schnellfeuergeschütze.

Afrika.
Aus Deutsch-Südwestafrika wird neuerdings
berichtet, daß Lieutenant von Francois mit 40
Mann seiner Truppe das von ihm besetzte Nau-
bis (etwa 30 Kilometer vor Oshimbine) ver-
lassen und sich am 6. Mai zunächst nach Oshim-
bine, dem eigentlichen Siege des Reichskom-
missars, begeben hat. Von da ist er nach dem
nordöstlich gelegenen Nambandya gezogen, um dort
den dort wohnenden Makharo einen Besuch zu
machen. Von da wollte er südwärts nach Re-
hoboth zu den Bakaras gehen. In Nambis
ist eine Befragung von zehn Mann zurückge-
blieben.

Seitens des kaiserlichen Kommissars für
das Togogebiet sind seit etwa zwei Jahren im
Bereim mit der Firma J. R. Vittor auf dem
Regierungsgrundstück bei Sebe Versuche mit
dem Anbau tropischer Pflanzen in kleinem Maß-
stabe vorgenommen worden. Diefelben haben,
wie das „Kolonialblatt“ berichtet, glänzende
Ergebnisse erzielt. Es hat sich gezeigt, daß Tabak
gut gedeiht und von Sachverständigen in größ-
ter Stuhl mit Aussicht auf Erfolg angebaut
werden könnte. Die Berichte über die nach
Deutschland gesandten Tabakproben lauten so
günstig, daß Herr Vittor beabsichtigt, ein größeres
Unternehmen zum Zwecke des Tabakbaues in
Togo zu Stande zu bringen. Eine kleine Kaffee-
plantage von etwa 100 Bäumchen ist angelegt
worden; ein Urtheil über das Ergebnis ist jedoch
erst in etwa vier Jahren zu erwarten. Die an-
gepflanzten Baumwollensamen haben sich gut
entwickelt. Bekanntlich ist kürzlich ein Sachver-
ständiger nach Togo entsandt worden, um sich
über die Rentabilität des Anbaues von Baum-
wolle daselbst aus eigener Anschauung ein
Urtheil zu bilden. Auch mit der Anpflanzung
von Kakaos werden demnächst Versuche gemacht
werden.

In Dar-es-Salaam hat, wie die „Abn. B.“
meldet, der Propärist P. Bonifatinus ein
Männerkloster und ein Frauenkloster als noth-
wendige Altimations- und Ausgangsstation
für das Innere errichtet.

Durch ein Dekret des Beys von Tunis
welches das „Pariser Amtsblatt“ veröffentlicht
hat, wird erklärt, daß die Sklaverei nicht
mehr besteht und verboten sei. Jeder, welcher
Negers oder Negersinnen in seinem Dienst
beschäftigt, hat denselben binnen drei Monaten
einen notariellen Akt, der vom Kadi unterzeichnet
sein muß, anzuhändigen, in welchem bestätigt
wird, daß der betreffende männliche oder weib-
liche Diensthote frei ist. Wer einen Menschen
als Sklave gekauft, verkauft oder gehalten hat,
wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3
Jahren bestraft.

Stettiner Nachrichten.
Stettin, 6. Juni. Zu dem geistigen Be-
suche der kaiserlichen Majestäten
in Bawall können wir noch folgendes be-
richten: Als die Majestäten auf dem Parade-
feld angelangt waren, ritten Hochfeste mit
großem Geolge die Front des Kaiserlied-Regi-
ments ab, sodann erfolgte ein Vorbeimarsch
in Zugkolonnen, an welchen sich Regimentsregieren
mit Attache schloß, den Schluß der Parade machte
ein Parademarsch in Schwadronfront im Trabe
und Galopp. Sodann setzten sich die Majestäten
an die Spitze des Regiments und führten das-
selbe unter braunem Jubel der Spalier bil-
denden Bevölkerung zur Stadt. — Beim Früh-
stück ergiff zunächst der Kommandeur des
Kaiserlied-Regiments, Oberst-Lieutenant v. Rab,
das Wort; derselbe begrüßte Ihre Majestät die
Kaiserin als Inhaberin des Regiments und
ertraute einen Toast auf die kaiserlichen Majestäten,
die Regimentskapelle schmetterte einen Jubel und
spielte die National-Hymne. Als dieses laut
verklungen war, erhob sich Sr. Majestät der
Kaiser und hielt eine kurze Ansprache; er erinnerte
daran, daß die Königin Louise, Preußens Wahr-
heit





